Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 43

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

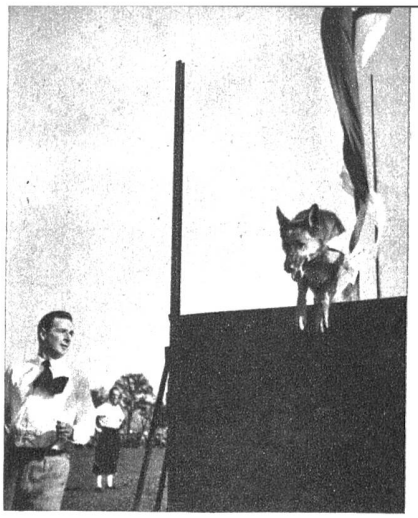
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

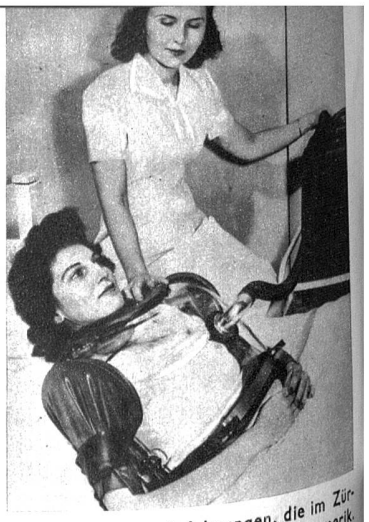
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

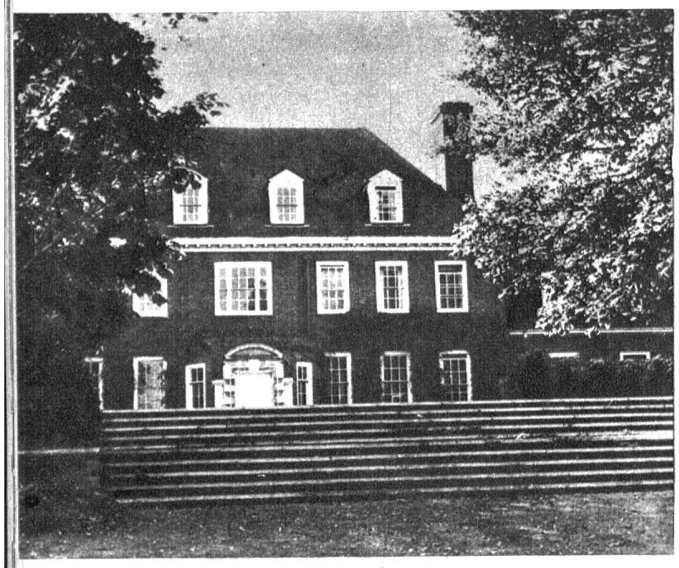
http://www.e-periodica.ch



Im Rahmen des Berner Cross Countries auf dem Beundenfeld fanden durch den Schäferhundeklub Bern Hundevorführungen statt. Unser Bild zeigt einen Schäferhund bei der Ueberwindung einer Bretterwand (Photopress)

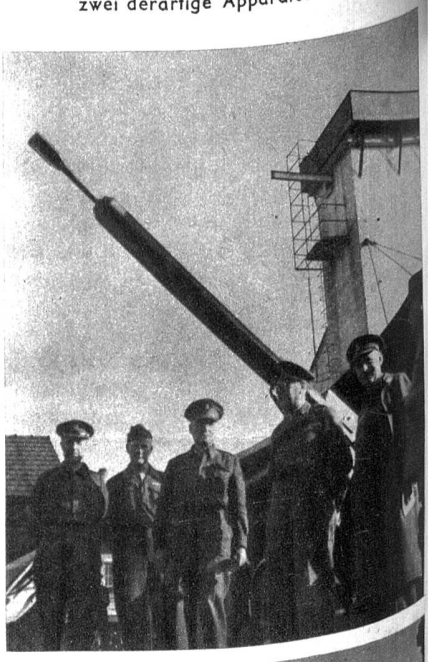


Auf Grund von Erfahrungen, die im Zürcher Kinderspital mit einer von der amerik. Armee leihweise erhaltenen «eisernen Lunge» gesammelt werden konnten, hat der Zürcher Regierungsrat beschlossen, zwei derartige Apparaturen anzuschaffen.

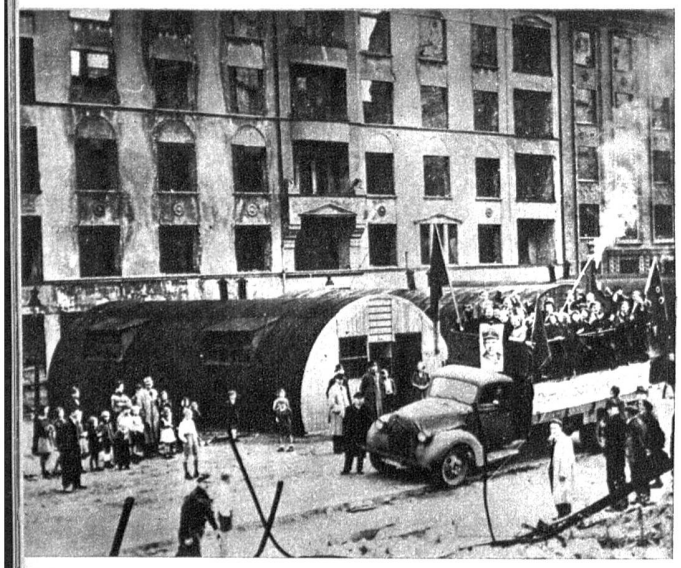


Links oben: In Gegenwart des brit. Botschafters in Griechenland, Sir Clifford Norton, fand auf der Akropolis in Athen eine eindrucksvolle Feier anlässlich des zweiten Jahrestages der Befreiung der Stadt von der deutschen Unterdrückung statt.

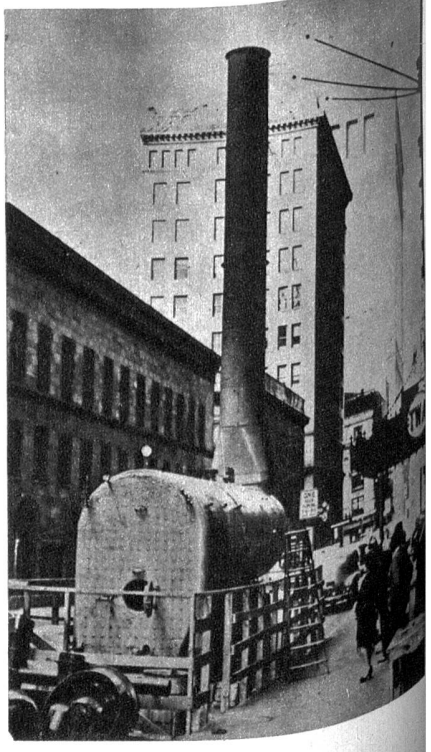
Die Herzogin von Windsor hält bei ihrem ersten Wiedererscheinen in England die ganze Insel bereits wieder in fieberhafter Spannung, und zwar ganz unfreiwillig. Denn während einer Teegesellschaft in Ednam Lodge (Berkshire) brach ein Fassadenkletterer in das Zimmer der Herzogin ein und stahl ihren Schmuck von 25 000 Pfund Sterling



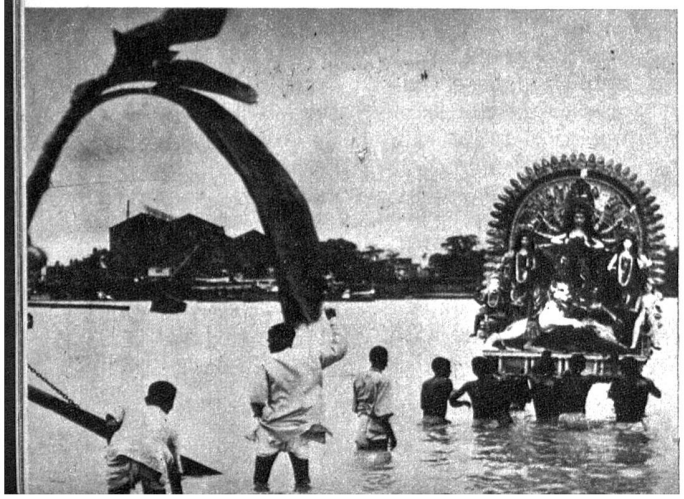
Gegenwärtig hält sich eine Studienkommission der niederländischen Armee in der Schweiz auf, um hier unsere Waffen und Ausbildungsmethoden zu studieren. Die holländischen Offiziere, meistens Techniker der kriegstechnischen Abteilung, statteten der Eidgenössischen Waffenfabrik in Bern einen Besuch ab. (Photopress)



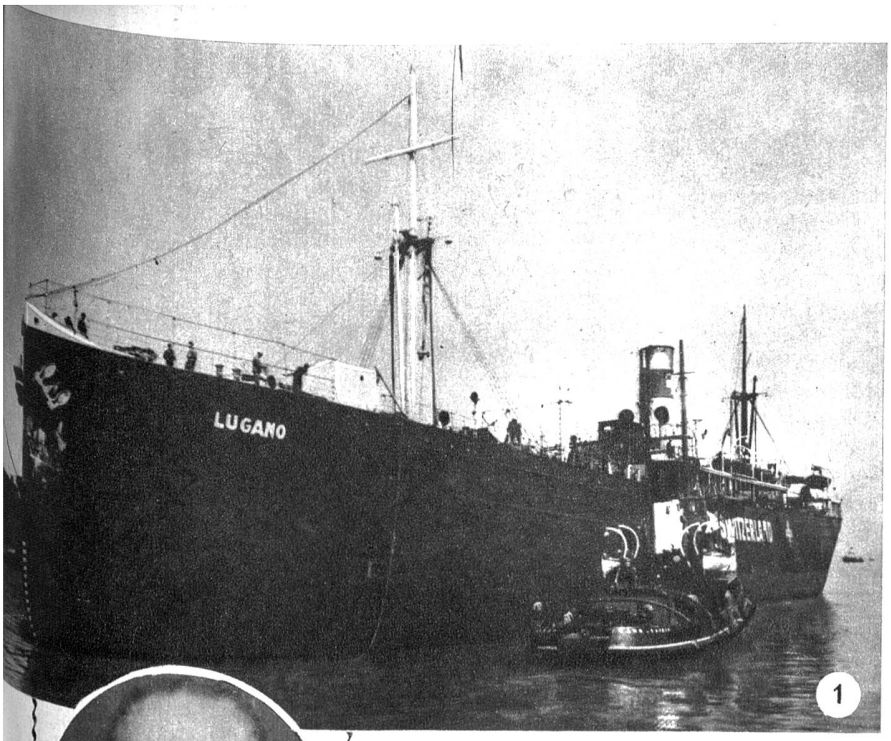
In der britischen Zone Deutschlands fanden die ersten Wahlen in den Landrat statt. Die Stimmbeteiligung war mit 80% sehr zufriedenstellend. 13 Millionen Wähler gingen an die Urnen. (ATP)

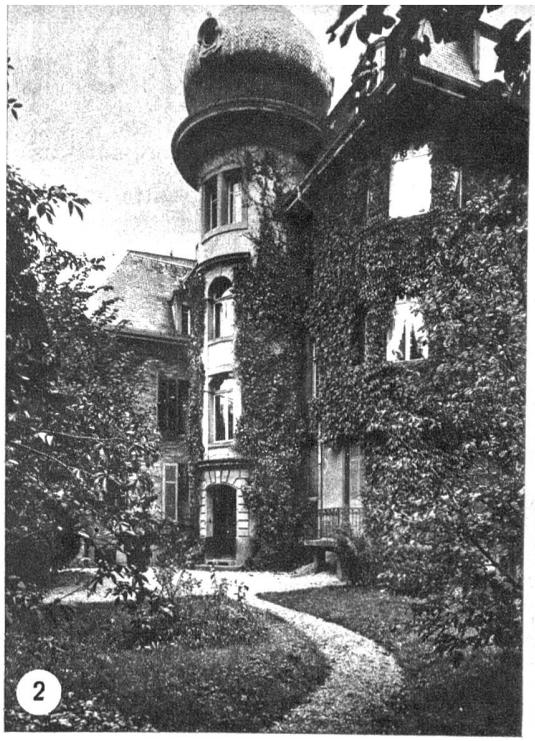


Streiks sind in Amerika heute derart an der Tagesordnung, dass man sich auf sie vorbereitet hat. So sind in Pittsburgh (Pennsylvania) die öffentlichen Gebäude in der Innenstadt mit eigenen Not-Kraftmaschinen versehen worden, für den Fall, dass während der kalten Jahreszeit ein Streik der Elektrizitätswerkarbeiter ausbrechen sollte (ATP)



Den Höhepunkt der altüberlieferten religiösen Feste der Hindus bildet alljährlich das Fest der Göttin Durga Puja, der machtvollen Gattin von Shiwa, dem Gott der Zerstörung. Hindus tragen in Kalkutta das prunkvoll ausgestattete Bildnis der Königin der Macht in den Hooghly-Fluss, um es zu versenken (ATP)





Am 24. Oktober feierten die Ehegatten Ernst und Emma Gerber-Amstutz, alt Bäckermeister, Militärstr. 12 in Bern das Fest der goldenen Hochzeit. Die Jubilaren, die während 35 Jahren treue Abonnenten der «Berner Woche» sind, stehen im 77. und 72. Altersjahr und feierten beide am 30. Mai in körperlicher und geistiger Frische ihren Geburtstag

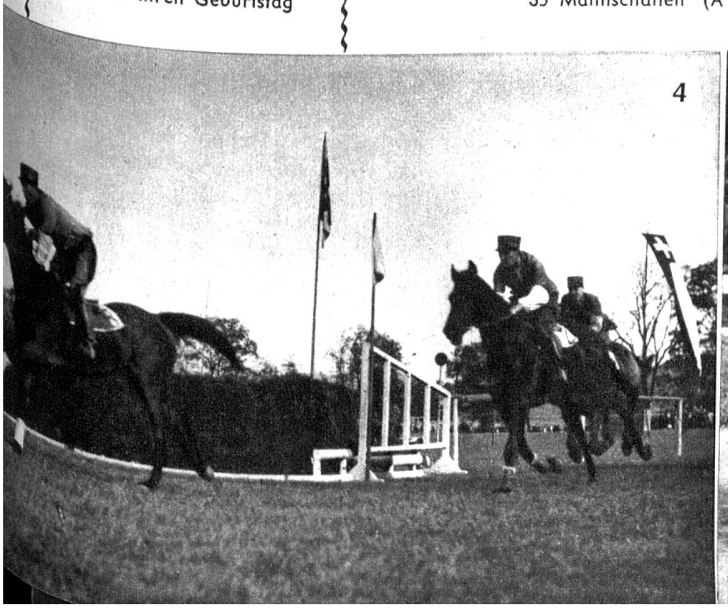
1 Im Hafen von Genua ist das Schweizerschiff S. S. Lugano in Brand geraten, und ein grosser Teil seiner Ladung, die für eine schweizerische Ausstellung in Südamerika bestimmt war, ist in Flammen aufgegangen. Die Abfahrt des Schiffes, die auf Ende Oktober vorgesehen war, ist nun gänzlich in Frage gestellt (ATP)

2 Die Villa Frey an der Schwarztorstrasse in Bern, ehemals Prof. Kocher gehörend, ist zum Sitz der russischen Gesandtschaft auserkoren. Besonders originell ist an diesem um die Jahrhundertwende von Architekt Tiéche erbauten Hause der Eckturm mit der typisch russisch anmutenden Kuppel

3 In Bern fand das Treffen zwischen Lugano und Young Boys statt. Bei schönstem Herbstwetter erfreuten sich 5000 Zuschauer ob dem fairen Spiel, das 2:1 zugunsten der Tessiner endete. – Unser Bild zeigt eine Abwehr vor dem Berner Tor, wobei Nobs einen von Bergamini geschlagenen Corner ins Feld zurückschlägt (Pressbild Bern)

4 Berner Cross Countries. — Ueber 15 000 Zuschauer erlebten einen dramatischen Tag des in der Schweiz dominierenden Hindernis-Sportes. In einer der beiden Hauptprüfungen kam Hptm. Fehr auf Malaga zu einem prachtvollen Sieg (ATP)

5 Kameradschaft im Mannschaftsfahren. – Die erste Schweiz. Militärradmeisterschaft im Mannschaftsfahren, die auf einer 80 km langen Strecke rund um die Rigi führte, hat sich als eine überaus schwere Prüfung erwiesen. Die Kameradschaftlichkeit wird hier von der Rdf. Kp. I/5 demonstriert, hilft doch Kpl. Perret (Mitte) seinem Kameraden (links) in der Steigung durch Stossen nach. Das Quartett kam in den 7. Rang der 35 Mannschaften (ATP)



POLITISCHE RUNDSCHAU

Nach der Milchpreisdiskussion

-an- *Bundesrat Stampfli* hatte im Nationalrat auf eine Interpellation des sozialdemokratischen Ratsmitgliedes *Herzog* zu antworten auf eine doppelte Frage: Erstens, *warum eine so massive Erhöhung* (3 Rappen) gewährt wurde, und zweitens, *warum die Konsumenten und nicht der Bund diese Erhöhung tragen müssten.* Die Darstellung, die der gewiss nicht bauernfeindliche Bundesrat gab, ist durch die Tagespresse in verschiedener Abtönung verbreitet worden. Sachlich wissen wir, dass es vor allem die durch Dürre und darum Heunot in die Klemme geratenen Welschen waren, die nicht mit 2 Rappen zufrieden waren. Wir wissen auch, dass die welschen Landwirte einen unerwarteten Verbündeten in *Léon Nicole* fanden, und dass von Bauernführern damit argumentiert wurde, die PdA könnte allenfalls bäuerlichen Zuzug erhalten, wenn nur gerade dieser verpönte Nicole es wäre, der unentwegt für den «gerechten Bauernlohn» kämpfe, während anscheinend die übrigen Parteien, von der Industrie geführt, ihre Bedenken in den Vordergrund stellten, oder wenn die Konsumenten die Stärkern sein sollten. Das sind recht merkwürdige Dinge, die in erster Linie bezeugen, dass in der «Fieberecke» unseres Landes, in Genf, Ueberraschungen möglich sind, beispielsweise in den kommenden Nationalratswahlen. Nicole scheint sich für stark genug zu halten, die den Arbeitern aufgebürdeten Mehrkosten der Lebenshaltung dem industriellen Unternehmertum abzuknöpfen und damit gradlinig auf eine «agrarisch-kommunistische» Linksallianz hinzuarbeiten. Die Gewährung der drei Rappen wäre demnach so etwas wie der Gegenzug des Bundesrates gewesen, Nicole der Geschlagene ...

Diese Feststellung bedeutet keine Spitzfindigkeit, sondern den Hinweis auf die *Labilität der politischen Verhältnisse,* wie sie sich entwickeln könnte, *falls man die Wirtschaft kontrollelos den Preis- und Währungsschwankungen dieser Nachkriegszeit überlassen wollte.* Es hat sein Gutes, zu überlegen, wie es Herr Bundesrat Stampfli tat, dass die Preishöhe «am Plafond» angelangt sei, dass 2 Rappen Milchpreissubvention für den Bund bis 28 Millionen ausmachen würden (soviel auch für die Konsumenten), und dass auch die «preistreibenden Lohnbewegungen» nicht vom Guten seien. In solchem Denken äussert sich bestimmt der Wille, die «Anarchie» in der Wirtschaft zu bändigen. Zu fragen bleibt nur, ob die Preise je bis hinauf an einen solch plastisch geschauten «Plafond» steigen, oder ob es sich hier schliesslich doch nur um abstrakte Relationen handelt; das heisst, ob man von normalen «Preisgrenzen» sprechen oder sich vorstellen kann, dass Preise wie Löhne ebensogut auf der doppelten Höhe sein könnten. Schliesslich haben wir in der Zeit der 15räppigen Milch teilweise auch schlecht gelebt, nicht erst unter der 45räppigen. Vielleicht sollte man nicht ganz so stabil wie üblich denken und rechnen, um die möglichen Abirrungen ins politisch Labile besser zu bekämpfen. Nationalökonomie ist immerhin mehr als nur Buchhaltung.

Nahender Krieg?

Man fragt sich, ob man es verantworten darf, Alarmnachrichten wie die folgende weiterzugeben: Ein Grosskaufmann, der eben aus Paris zurückkommt und um mancherlei Kulissengespräche der Friedenskonferenz weiss, äussert sich sehr pessimistisch über die Aussichten der Welt und die Friedensmöglichkeiten; nach ihm ist ein *Ausgleich zwischen USA und Russland unmöglich;* Russland besitze genau so viele Atombomben wie Amerika, sei im übrigen hundertprozentig gerüstet und werde zum Angriff schreiten; erste Etappe seines Vormarsches werde die Besetzung Europas sein. Besagter Kaufmann hat seine Familie nach Amerika verschifft und macht sich offenbar bereit, selber nachzufahren, wenn der prophezeite russische Blitzvorstoss gegen die westlichen Küsten einsetzen sollte. Wir würden diese Sätze nicht niederschreiben, wenn wir nicht wüssten, dass es nicht die einzigen derartigen sind, die unter der Hand verbreitet werden, und wenn wir nicht die Möglichkeit benutzen wollten, ihnen zu widersprechen.

Es ist natürlich Unsinn, was dieser Mann da sagt. Für ihn geht wahrscheinlich die Politik ähnliche Wege wie der Grosshandel. Es wird ein Geschäft gedreht, fix, entschieden und in waghalsigen Kombinationen, unter Ausnützung jeder angeblich besten Gelegenheit, unter Einkalkulierung aller möglichen Risiken natürlich. Aber «gedreht» wird die Sache, und es gibt keinerlei Faktoren, die einen vor dem Geschäft zurückschrecken lassen. So sieht es nun aber in der grossen Politik denn doch nicht aus. Die Erfahrungen des letzten Krieges lassen das Trügerische jedes angeblichen Erfolges sehr genau erkennen. Vor allem aber bedeutet der Krieg als Mittel der Politik immer nur das «Ultima ratio», und was alles getan wird, um Erfolge zu erzielen, unter Vermeidung dieses «Ultima ratio», das eben umschreibt den Inhalt des fatalen Begriffes der «Politik».

Wir befinden uns nicht im Zeitalter der Höchstspannung, die der Entladung vorausgeht, sondern *trotz allem in den Jahren der Entspannung,* mag alles aussehen wie es will. Es ist ein Krieg zu liquidieren. Es müssen Machtverhältnisse, wie sie sich herausgebildet haben, gegeneinander ausgewogen werden. Darum geht es. Eine ganze Generation erwartet den «vernünftigen Frieden». Je länger es dauert, bis die Verträge mit den Besiegten abgeschlossen werden, desto mehr klären sich die Ansichten über die wirkliche Lage, desto eher finden vernünftige Vorschläge Aussicht auf Verwirklichung. Dazu kommt, dass die Wirtschaft Jahre braucht, bis sie aus dem Stadium des Mangels ins Stadium der Ueberschüsse und Absatzschwierigkeiten tritt, worauf erst die übliche Hauptkriegsgefahr einsetzt: Die Absatzkrise und in ihrem Gefolge die Versuchung, sich gegenseitig Absatzgebiete mit militärischen Machtmitteln abzujagen. Vergessen wir zudem nicht, dass Völker, die man in den Krieg führen will, meist vergessen haben, was Krieg bedeutet. Die heute Lebenden haben es nicht vergessen. Das sind die allgemeinen Gründe, die gegen eine nahe Kriegsgefahr sprechen.

Daneben gibt es ganz spezielle Anzeichen, die gegen die unmittelbar bestehenden Absichten irgendeiner Grossmacht, zu so gefährlichen Aktionen zu schreiten, sprechen. Russland z. B. hat einen neuen Fünfjahresplan in Angriff genommen, in welchem freilich die Aufrüstung eine grosse Rolle spielt. Daneben aber weist dieser Plan Elemente auf, die sehr deutlich bezeugen, dass Moskau mit dem Frieden rechnet. Die vorangegangenen Pläne liessen bekanntlich der «Fertigwarenindustrie» einen zu schmalen Sektor übrig. Im neuen hat sich das Verhältnis zwischen den «Schlüsselindustrien» und jenen, die dem unmittelbaren Bedarf — Hausbau, sogar «privater» Hausbau, Herstellung von Kleidern, Schuhen usw. — dienen, sehr bemerkenswert verschoben und würde sich noch mehr verschoben haben, gäbe es nicht im befreiten Gebiete grosse Wiederaufbauarbeiten zu leisten. Russland will seinen Massen zeigen, dass es bald ebensoviele Bedarfsgüter anbieten kann wie der Westen, und später sogar mehr. Es ist nicht so, wie uns eine Münchner Industriellentochter versicherte, dass Stalin «alle aus dem Westen heimgekehrten Soldaten erschiessen lasse», damit sie das Volk nicht mit kleinbürger-

lichen Zivilisationswünschen infizierten. Stalin hat ganz gegenteilig die Parole ausgegeben, diese Zivilisationswünsche rascher als bisher zu befriedigen...

Die Deutschlandkonferenz,

die das nächste grosse Ereignis der grossen Politik sein wird, kann erst beginnen, wenn die Aussenminister von der UNO-Tagung zurückgekehrt sind. Bis dahin geht der «Wettbewerb» in der Behandlung der Deutschen weiter. Das heisst, es wird den Deutschen vordemonstriert, wer mehr verspricht und weniger hält. Ein von allen vier Besetzungsmächten angenommenes *«Entnazifizierungsgesetz»* ist so ziemlich das einzige, was von beiden Lagern übereinstimmend praktiziert werden soll. Sieben Millionen Deutsche fallen darunter, und jeder, der in den Listen geführt wird, soll, theoretisch wenigstens, darauf geprüft werden, ob er unter die kleinen oder grossen Kriegsverbrecher gerechnet werden und demnach aus den Reihen der politisch aktiven Bürger gestrichen werden solle. Dass man diese Leute auch aus den wirtschaftlich wichtigen Schlüsselstellungen werfen will, ist klar. Ob dies aber in der russischen Zone gleich wie in den übrigen verstanden und gehandhabt werden wird, ist schon eine Frage, die beweist, *wo* überall die verschieden eingestellten Besatzungsregimes einander entgegenarbeiten. Alle Propheten eines neuen und nahen Krieges mögen aus der Einführung eines solchen Gesetzes ersehen, wie sehr die Sieger sich noch mit dem Gedanken quälen, zu verhindern, dass wieder ein «einiges deutsches Reich» entstehe, in welchem die Neo-Nazis eine führende Rolle spielen könnten. Das «Auseinanderpolitisieren» der verschiedenen Zonen hat denselben Sinn wie dieses Gesetz.

Man sieht sehr deutlich, dass es vor allem auch die Russen sind, die diese Einheit nicht wollen, falls es nicht möglich sein sollte, das einige Reich kommunistisch zu orientieren. Die unveränderte und *konsequente Ableitung deutscher Wirtschaftsüberschüsse nach Russland und Polen,* zunächst auf Reparationskonto, dann im Austausch gegen polnische und russische Rohstoffe, bürgert systematisch eine wirtschaftliche Verpflichtung des russisch besetzten Reichsteils mit dem Osten ein. Gegen solche schliesslich organisch werdende Verbindungen kommen spätere Versuche einer Umordnung nicht mehr auf.

Notgedrungen greifen nun auch *die Amerikaner* zum Mittel einer *«Initialzündung» in der deutschen Industrie.* Das heisst, sie planen die Bereitstellung von Millionensummen, die man den Fabriken in den amerikanisch-britischen Zonen *zur Rohstoffbeschaffung* vorstrecken will. Der Austausch dieser Zonen mit dem Westen könnte also langsam in Fluss kommen, damit aber eine Gesamtorientierung nach dem Westen hin, und die gewünschte Trennungsliste wäre da. Auch die Amerikaner denken sich den Fall so, dass sie sagen: Falls das Reich nicht als Ganzes dem «atlantischen Kreise» gewonnen und eingegliedert werden kann, dann eben ohne die den Russen überlassene «kommunistische Zone». Sie verhindern in ihrem Machtgebiet die *Propagandisten der SED,* wie man die kommunistische Einheitspartei nennt, genau so an der Arbeit, wie die Russen den *Chef der Sozialisten, Schumacher,* östlich der Saale und Elbe am Sprechen verhindern.

Schliesslich tun auch *die Franzosen* das ihre, um die Separatistentendenzen wachsen und reifen zu lassen. Ein *«alemannisch-schwäbischer»* Bund propagiert die *Gründung eines unabhängigen württembergisch-badischen Kleinstaates,* der sich nach Loslösung vom «verpreussten Norden» wieder zum alten deutschen Wesen zurückfinden könnte.

Das Verhältnis Moskau-London,

das natürlich seine wichtigsten Proben nicht nur bei der Behandlung des Reiches abzulegen haben wird, ist momentan viel besser geworden als das frostig-sachliche amerikanisch-russische. Vielleicht ist diese Besserung einseitig. Das heisst, dass nur die Russen sich anstrengen, den Engländern ein freundlicheres Gesicht zu zeigen, während die Londoner Labourregierung sich darauf beschränkt, alle Provozierungen Moskaus auf ein Minimum zu beschränken. Labour hat keinen Wank getan, als *Churchill in Blackpool* neuerdings vor den Konservativen sein Konzept entwickelte, das heisst, die Russland beunruhigende europäische Einigung forderte und vor der anti-imperialistischen Politik Attlees, vor der *Freigabe Indiens* und *Aegyptens,* warnte. Es hat auch die Aeusserungen des südafrikanischen Premiers *Smuts* zugunsten der europäischen Vereinigten Staaten überhört. *Den Türken* wurde angeraten, sich vor direkten Verhandlungen mit den Russen in der Dardanellenfrage nicht zu scheuen. In der Frage der *Donauschiffahrt* freilich vertrat es den englischen Standpunkt der vormals gültigen Internationalisierung dieses wichtigen Wasserweges. Aber der Einspruch gegen die Alleinrechte der Uferstaaten, wie sie die Russen forderten, erfolgte nicht in der kategorischen amerikanischen Form. Und es sind nicht die Engländer, sondern *die Amerikaner,* welche *den Tschechen die Sperrung des 50 Millionen-Handelskredites* wegen ihrer zu sehr östlichen Wirtschaftsorientierung antun.

Moskau wird sich freilich nicht darüber täuschen, dass London, obwohl in der Form konziliant, doch im Materiellen sehr gradlinig vorgeht. Niemand kann übersehen, dass *die Türken,* unter der amerikanisch-britischen Aegide, *auch die zweite russische Meerengennote ablehnen,* also jedes Mitregieren und jede Mitbesetzung dieser Wasserstrassen ablehnen. Und jedermann sieht, wie sich England bemüht, das schwierige *Problem einer Reorganisierung der griechischen Armee zu lösen,* und wie dort die britischen Streitkräfte umgruppiert und die Wirtschaft durch britische Kredite in Gang gebracht wird. Es kann dem Kreml auch nicht entgehen, wie die Engländer durch Entfesselung einer kleinen *Revolution in ihrem persischen Oelgebiete so etwas wie eine halbautonome Provinz «Farsistan»* zustande gebracht haben, ein Gegenstück zum russisch beeinflussten Aserbeidschan...